

atomstopp

atomkraftfrei leben!

3. Quartal 2010, 35. Jahrgang, Nr. 211



EURATOM Volksbegehren

Erfolgreiche Anti-Temelin Strategie

Katastrophenschutzübung

EURATOM Volksbegehren



Temelin droht, zum Super-Temelin ausgebaut zu werden. Zwei weitere Reaktoren sind in der „Warteschleife“ ... nicht erst seit gestern ... seit Jahren „droht“ Tschechien damit, Temelin endlich fertigzubauen und um eben jene zwei Reaktoren zu ergänzen, die noch zu CSSR-Zeiten geplant waren. Jedes Signal dazu aus Tschechien wurde in Österreich aber nicht ernstgenommen ... ja: die geplante Fertigstellung wurde auch als Ablenkungsmanöver bezeichnet, als billige PR-Maßnahme ... wohl eine sehr eklatante strategische Fehleinschätzung der Verantwortlichen ... Ja: wer ist eigentlich dafür verantwortlich? Für diese strategische Fehleinschätzung? Wer ist verantwortlich für die bisher fulminant fehlgeschlagene Anti-Temelin-Politik? Für die Nicht-Umsetzung des Melker Abkommens zur Nachrüstung der bestehenden Reaktorblöcke? Darum wird es in diesem *atomstopp* gehen – also um sehr Unerfreuliches und die Konsequenzen, die die Politik aus der fehlgeschlagenen Anti-Temelin-Politik eigentlich ziehen sollte. Aber es geht auch um Erfreuliches, nämlich um das EURATOM-Volksbegehren. Schauen Sie selbst ...

Beste Grüße

Roland Egger
Obmann

Phase I abgeschlossen!

Am 30. Juni wurde die Phase I des EURATOM-Volksbegehrens abgeschlossen. Alle Gemeinden/Magistrate in ganz Österreich wurden gebeten, die bis jetzt gesammelten Unterstützungserklärungen an atomstopp zurückzuschicken. Die Unterstützungserklärungen werden in den nächsten Wochen geprüft, gezählt und das Ergebnis und die weitere Vorgangsweise besprochen. An dieser Stelle jedenfalls ein **HERZLICHES DANKE** an alle, die eine Unterstützungserklärung abgegeben und damit die Einleitung des EURATOM-Volksbegehrens überhaupt erst ermöglicht haben!

Wenn die erforderlichen 8.032 Unterstützungserklärungen zusammengekommen sind, kann beim Innenministerium um Einleitung des EURATOM-Volksbegehrens angesucht werden – möglicherweise

noch diesen Sommer angesucht werden. Das Innenministerium setzt dann die Eintragungswoche fest, in der das Volksbegehren auf den Gemeindeämtern/Magistraten aufliegt. In jedem Fall wird das nicht vor dem Herbst 2010 sein.

Eine Bitte: Falls Sie noch ausgefüllte Unterstützungserklärungen bei sich zuhause haben, schicken Sie diese bitte so rasch wie möglich an: atomstopp – atomkraftfrei leben! Promenade 37, 4020 Linz.

Bitte keine weiteren Unterstützungserklärungen mehr abgeben. Die Gemeinden sind nicht mehr verpflichtet, die Unterstützungserklärungen an uns weiterzuleiten. Für alle, die noch keine Unterstützungserklärung abgegeben haben – wir informieren Sie rechtzeitig, wann Sie das EURATOM-Volksbegehren weiter unterstützen können.



Hans-Jörg Horky - Gelber Ritter beim Gartenstadtlauf Puchenuau



Sensationeller Start am 18. Feber 2010

Seit August 2008 gab es Überlegungen das EURATOM-Volksbegehren zu starten: Zu offensichtlich war die zögerlich-ablehnende Haltung der Bundesregierung zu einem Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag. Seit dem Jahr 2008 wurden 10 (!) parlamentarische Anträge zum Ausstieg Österreichs aus EURATOM gestellt – sechs Anträge von der FPÖ, drei Anträge von den Grünen, ein Antrag vom BZÖ. Neun Anträge davon wurden vertagt oder überhaupt nicht zur Abstimmung zugelassen – der zehnte Antrag sollte am 24. Juni 2010 im Umweltausschuss behandelt werden.

Für atomstopp_oberoesterreich – als lockerer Verband der beiden Vereine „atomstopp_atomkraftfrei leben!“ und „Mütter gegen Atomgefahr“ (Freistadt) konzipiert – gab und gibt es wegen der ablehnenden

Haltung der Bundesregierung keine Alternative zu einem EURATOM-Volksbegehren: Alle neun Landtage haben sich in Resolutionen kritisch mit EURATOM auseinandergesetzt, mehr als 140 Gemeinden quer durch Österreich verlangen in Resolutionen von der Bundesregierung den Ausstieg aus EURATOM, 84 Organisationen/Vereine/Institutionen unterstützen die Kampagne „Österreich – RAUS aus EURATOM“, ebenso die Diözese Linz und die Evangelische Kirche A.B. in Oberösterreich. Laut Umfragen wollen 78% der Österreicher_innen RAUS aus EURATOM. Dennoch: Keine Signale auf Bundesebene, dass ein Ausstieg aus EURATOM erwogen wird.

Bei der Strategiesitzung der Anti-Atom-Offensive des Landes OÖ im Dezember 2009 haben wir unmissverständlich klargelegt: atomstopp_oberoesterreich wird die Phase I des EURATOM-Volksbegehrens einleiten und mit der Sammlung von Unterstützungserklärungen starten.

Und sensationell gelang auch der Start für die Sammlung der Unterstützungserklärungen. Nationalräte der FPÖ, des BZÖ, grüne Gruppen, Bürgerlisten, ÖVP-Bürgermeister und auch parteienübergreifend haben Vertreter aller Fraktionen öffentlich Unterstützungserklärungen für das EURATOM-Volksbegehren unterschrieben.

Viele Gemeinden in ganz Österreich haben auf ihren Internet-Seiten und in ihren Gemeindezeitungen das EURATOM-Volksbegehren beworben.

Seltsamer Querschuss durch das Land OÖ

Als am 12. März alle Landtagsabgeordneten der SPÖ geschlossen die Unterstützungserklärungen für das EURATOM-Volksbegehren unterschreiben, wird jemand munter: der Anti-Atom-Beauftragte des Landes OÖ schreibt an einen uns unbekanntem Adressatenkreis eine „Klarstellung“ zum EURATOM-Volksbegehren, dass „die einzige Möglichkeit (zu einem Ausstieg aus EURATOM) in einem Beschluss des Nationalrates besteht“, dass „eine solche Abstimmung mit Unterstützung von einigen Abgeordneten leicht initiiert werden kann“, dass „das Volksbegehren nur einen umständlichen und aufwändigen Weg darstellen würde“, dass „im Falle einer geringen Beteiligung sogar ein Imageschaden für die gesamte Anti-Atom-Bewegung entsteht“ und dass „auch eine hohe Anzahl an Unterschriften keine Garantie für den Erfolg des Unternehmens darstellt“.

Wir wollen nicht spekulieren, wer den Anti-Atom-Beauftragten des Landes OÖ veranlasst hat, einen Monat (!) nach dem Start der Sammlung der Unterstützungserklärungen für das EURATOM-Volksbegehren mit seinem Schreiben für Verunsicherung zu sorgen.

Unzählige weitere Gemeinderesolutionen sind jedenfalls zwischenzeitlich verabschiedet worden: auf kommunale Initiativen von Grünen, SPÖ und FPÖ und auch der ÖVP. Und ebenso hat u.a. die Landeshauptstadt Linz mehrheitlich beschlossen, das EURATOM-Volksbegehren zu unterstützen...





Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

So heißt es doch: Und wenn es nicht um die Bedrohung durch ein Atomkraftwerk gehen würde, könnte man vielleicht noch herzlich lachen.

Der aktuelle Bericht des oberösterreichischen Landesrechnungshofes, in dem die Förderung der Anti Atom Vereine in Oberösterreich und Tschechien durchleuchtet wurde, kommt jedenfalls zum Schluss, dass die wesentlichen Zielsetzungen des Landes OÖ im Rahmen der Anti-Atom-Offensive – nämlich die Nichtinbetriebnahme des AKW Temelin sowie die Verbesserung der Sicherheitsstandards – weitgehend nicht erreicht wurden.

Mit dieser Kritik trifft der Landesrechnungshof ins Schwarze. Oder ins Grüne?

Fakt ist jedenfalls: 10 Jahre gibt es die Anti-Temelin-Offensive des Landes OÖ und das Ergebnis? Das AKW Temelin wird ausgebaut.

Unbestreitbar ist, dass atomstopp_oberoesterreich (also atomstopp_ atomkraftfrei leben! und Mütter gegen Atomgefahr, Freistadt) in der Vergangenheit immer wieder gedrängt hat, dass die Anti-Temelin-Strategie überdacht wird, dass man sich kritisch anschaut, was erfolgreich war und ist und was eher nicht. Und auch unbestreitbar ist, dass atomstopp_oberoesterreich es nie gescheut hat, sich in die Nesseln von Landes - ÖVP und Landes - Grünen zu setzen, wenn es um die Umsetzung von Anti-Temelin-Strategien gegangen ist.

Es wurde appelliert: an Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Es wurde gewarnt: Landesrat Rudi Anschöber, dass die Zeit des Briefeschreibens und Appellierens wegen der nicht erfolgten Nachrüstung von Temelin vorbei sei ... auf die entsprechende Presseaussendung von atomstopp_oberoesterreich im September 2006 gab es wütende Anrufe von der Politik.

Besser – und jedenfalls effektiver – wäre es gewesen, in Wien bei der

Bundesregierung anzurufen und dort Druck zu machen.

Drei Jahre vorher - im November 2003 - etwa schreibt schon die SPÖ-OÖ „Vollkommen verfehlt Anti-Temelin-Politik gipfelt in tschechischen Ausbauplänen“.

Was die Vereine machen konnten, um auf das Sicherheitsrisiko AKW Temelin hinzuweisen, das haben sie



gemacht. Diese Behauptung stellen wir jedenfalls mit ruhigem Gewissen auf. Mehr noch: Die Vereine sind mit vielen Aktionen weit über ihre Grenzen gegangen ... haben das Sicherheitsrisiko Temelin medial und politisch in die erste Reihe gespielt. Es ging sogar soweit, dass sich der damalige tschechische Außenminister bei der EU-Kommission wegen der Aktionen der Atomgegner_innen beschweren wollte ...

An Aktionen erwähnt werden sollen die „Besetzung des Kleinseiter Brückenturms in Prag“ im Juni 2006 – eine nicht angemeldete Aktion, die viel Aufsehen erregte. Oder die ausgedehnten Grenzblockaden von Jänner bis Mai 2007 zur Einleitung der Völkerrechtsklage gegen die Tschechische Republik wegen Bruch des Melker Abkommens. Sicherlich aufgrund des anhaltenden Drucks durch die Grenzblockaden wurde jedenfalls vom damaligen Bundeskanzler Gusenbauer eine Diplomatische Note an Tschechien geschickt, in der die umgehende Nachrüstung Temelins offiziell eingefordert wurde.

Der Rest ist Geschichte: Gegen die Grenzblockaden wurde massivst Stimmung

gemacht. In den Projektbedigungen der Anti-Atom-Offensive des Landes OÖ sind sie Grenzblockaden neuerdings sogar explizit AUSGESCHLOSSEN! Wie war das nochmals? Damals - im Oktober 2000 als Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer in den OÖ Nachrichten zitiert wird mit: *„Ich bedanke mich besonders bei jenen, die Tag und Nacht an der Grenze waren. Ihr bringt die Wut und die Angst der Oberösterreicher wegen des Atomkraftwerks in richtiger Weise zum Ausdruck. „Der Landeshauptmann nährte die Zuversicht, dass das südböhmische AKW kaum in Normalbetrieb gehen werde: „Ich bin überzeugt, dass Temelin eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht übersteht.“*

So ändern sich die Zeiten. Aber Hauptsache das AKW Temelin kann

ausgebaut werden – ohne allzu viel öffentliches Getöse. Und die Aktionen der Atomgegner_innen – ob behördlich angemeldet oder nicht angemeldet – haben gewiss öffentliches Getöse ausgelöst – die Politik in Österreich und Tschechien aufgerüttelt, sich das Sicherheitsrisiko Temelin „näher anzuschauen“ ...

Ob die Politik aus der bisher erfolglosen Anti-Temelin-Strategie gelernt hat? Man wird sehen.

Es soll ja nun eine übergeordnete Gesamtstrategie des Landes OÖ für die Anti Atom Offensive geben, zumindest war das in den Medien und im Endbericht des Landesrechnungshofes nachzulesen. atomstopp_oberoesterreich wartet schon gespannt darauf ...





bis heute nicht vollständig umgesetzt worden sind und dass gerade in den beiden höchstsicherheitsrelevanten Punkten (hochenergetische Leitungen auf der 28,8m-Bühne und Qualifikation der Sicherheitsventile) die internationalen Experten mit den von Tschechien präsentierten Lösungen unzufrieden sind.

Nichtsdestotrotz ist das AKW Temelin in Betrieb – auch wenn die Sicherheitssituation fragwürdig erscheint. Und aufgrund der räumlichen Nähe zu Oberösterreich ein besonderes Sicherheitsrisiko für unser Bundesland. Die „richtige“ Windrichtung und Oberösterreich droht eine veritable radioaktive Verseuchung. Helmut Hirsch kommt in seiner abschließenden Stellungnahme für das Land Oberösterreich bereits 2001 (!) zum Schluss, dass beispielsweise im Raum Linz Bodenkontaminationen von 1.500.000 bis 5.000.000 Becquerel Caesium-137 pro Quadratmeter auftreten können. Die Bevölkerung von Gebieten mit einer Belastung von 1.500.000 Becquerel/m² wurde in Weißrussland 1986 nach dem Unfall von Tschernobyl umgesiedelt!“

Katastrophenschutzübung wird seit Jahren eingefordert ...

Seit Jahren wird von atomstopp_oberoesterreich wegen dem AKW Temelin nun schon eine landesweite Katastrophenschutzübung eingefordert – und Jahre wird es wohl auch noch dauern, bis eine solche Katastrophenschutzübung kommen wird. Denn – so der zuständige ÖVP-Landesrat Dr. Josef Stockinger in einem Antwortschreiben an atomstopp_oberoesterreich im August 2008 – mit der Umsetzung einer landesweiten Katastrophenschutzübung könne man frühestens in zwei bis drei Jahren rechnen, weil „eine

landesweite Katastrophenschutzübung ... mit den bestehenden Übungsplänen der einzelnen Einsatzorganisationen und –behörden abgestimmt, geplant und vorbereitet werden muss“.

Der Unfall mit Austritt von Radioaktivität im AKW Temelin darf also erst stattfinden, wenn alle gut darauf vorbereitet sind ...

Sollte es aber jetzt, oder morgen oder im nächsten Jahr zu einem atomaren Unfall im Atomkraftwerk Temelin kommen: Pech gehabt. Auf Landesebene steckt man dann immer noch gerade in den Abstimmungs-, Planungs- und Vorbereitungsarbeiten! Angesichts der Ausbaupläne in Tschechien muss mit höchster Priorität eine landesweite Katastrophenschutzübung eingeleitet werden! Seit August 2008 läuft die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Reaktorblöcke Temelin III und IV!

Aktion zum Tschernobyl-Gedenktag 2010

Um zu demonstrieren, wie grenznah das Atomkraftwerk Temelin liegt und wie die radioaktiven Partikel mit dem Wind verfrachtet werden, wurden 1.000 Luftballons gestartet – bestückt mit Postkarten auf tschechisch und deutsch und „Grüßen aus Temelin/Pozdrav z Temelina“. Die Windrichtung am 23. April 2010 um 12 Uhr zeigte auf Westen – und die Luftballons wurden Richtung Bayern verfrachtet ... Einige Luftballons blieben aber auch in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk liegen ...

Unzufrieden mit den Aktivitäten auf Landesebene ...

Mit den Aktivitäten auf Landesebene kann man nicht zufrieden sein. Anstatt Appelle und Briefe an die Bundesregierung zu richten, sollte der Gefahr durch das AKW Temelin endlich ins Auge gesehen werden und die Oberösterreicher_innen um-

Katastrophenschutzübung – bitte warten!

Stellen Sie sich vor, im AKW Temelin passiert ein Unfall. Radioaktive Strahlung tritt aus ... radioaktive Partikel wie Caesium, Iod, Uran, Plutonium „verlassen“ das Atomkraftwerk, werden mit dem Wind in alle möglichen Richtungen verblasen und landen vielleicht in Oberösterreich?

Sind Sie darauf vorbereitet?

Man kann noch so sehr lamentieren, dass die von Tschechien versprochenen Sicherheitsnachrüstungen im Atomkraftwerk Temelin

fassend auf den atomaren Super-GAU vorbereitet werden, oder eben ehrlich und offen einzugestehen, dass man im atomaren Ernstfall in Wahrheit machtlos der Katastrophe gegenüber stehen würde (siehe Artikel in Rundschau 2001: Mütter gegen Atomgefahr).

Kosten für Katastrophenschutzübung muss/müsste der Verursacher übernehmen

Die Kosten für die landesweite Katastrophenschutzübung sollten entsprechend dem Verursacherprinzip der tschechische Atomkonzern CEZ angelastet werden! Schließlich gefährdet der Atomkonzern uns alle mit dem Atomkraftwerk Temelin ...

„Im Ernstfall nützt uns der Katastrophen-Plan nichts“

Mütter gegen Atomgefahr wehren sich gegen Beruhigungsspiele Strahlenschutz

Mit der Inbetriebnahme des grenznahen AKWs Temelin taucht das Thema „Strahlenschutz“ wieder verstärkt auf. Von Behörden und Institutionen wurden nun Aufklärungsbroschüren mit Verhaltensmaßnahmen bei einem Unfall mit Freisetzung von Radioaktivität herausgegeben. Schulen wurden angehalten, Vorbereitungsmaßnahmen für den „Fall der Fälle“ zu treffen und vor kurzem erschallte bereits der Ruf nach der Wiedereinführung des Bunkerbaus bei Neubauten.



Freistaäter Mütter gegen Atomgefahr kämpfen seit 10 Jahren gegen AKWs. Foto: Gerda Haunschmid

Im Ernstfall Chaos und Verzweiflung

„Bis zu einem gewissen Grad ist es verständlich und zu befürworten, dass man sich über das Verhalten bei einem Unfall Gedanken macht. ... Kern-

... nium sind sie schutzlos ausgeliefert. ... Den „Aufenthalt in geschützten Räumlichkeiten“ über ... oder Wochen ... fahrungsstu- ... taucht aber die Frage auf, was mit den Einsatzkräften passiert, die sich nicht an die vorliegenden Katastrophenpläne gehalten haben. Werden sie alle vom Dienst suspendiert? ... fragen ...

Temelin-Alarm-Plan: Was tun Sie im Ernstfall?



100 Gipfel für RAUS aus EURATOM

Die Naturfreunde Vorarlberg waren die ersten, die einen Gipfel mit RAUS aus EURATOM-Transparent stürmten, und zwar gleich den höchsten österreichischen Gipfel – den Großglockner im April. Seitdem sind weitere Gipfel gestürmt worden und auf höchstem Niveau für die Kampagne „RAUS aus EURATOM“ und für das EURATOM-Volksbegehren geworben worden.

Sie/Ihr wollen/wollt mitmachen und auch einen Gipfel für RAUS aus EURATOM stürmen? Gerne!

Einfach Transparent bei atomstopp anfordern (Postadresse, Email siehe Impressum), Gipfel stürmen, Foto machen und an post@atomstopp.at schicken (Name des Gipfels und Datum bitte angeben). Das Foto wird veröffentlicht unter: www.raus-aus-euratom.at/gipfel.php - Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!



Naturfreunde Vorarlberg in höchster Mission!

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: *atomstopp_atomkraftfrei leben!*

Für den Inhalt verantwortlich: *Roland Egger,*

Texte, Layout und grafische Umsetzung: *Michael Reitingner, Gabriele Schweiger,*

Redaktion: *Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275*

Homepage: *www.atomkraftfrei-leben.at, eMail: post@atomstopp.at*

Spendenkonto: *Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377*

atomstopp wird unterstützt von der Stadt Linz

